

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Band: 177 (2011)

Heft: 8

Artikel: Kriminalität inklusive!

Autor: Crespo, Laura

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-178564>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kriminalität inklusive!

Mit dem Einbezug der Alltagsgewalt in den Sicherheitspolitischen Bericht 2010 betritt die Schweizerische Sicherheitspolitik Neuland. Innovativ dabei ist, dass Sicherheit im Sinne eines ganzheitlichen Ansatzes um eine zusätzliche Komponente erweitert wurde und die innere Sicherheit somit als integraler Bestandteil der Schweizerischen Sicherheitspolitik verstanden wird.

Laura Crespo

Die Schweizerische Sicherheitspolitik setzt mit der Mitberücksichtigung nicht nur machtpolitisch motivierter, sondern auch krimineller Drohungen und Handlungen neue sicherheitspolitische Akzente. Der Anspruch an eine allumfassende nationale Sicherheitsstrategie wird umso lauter und nachdrücklicher, als die Sicherheit in der kollektiven Wahrnehmung der Gesellschaft weit über die militärische (äussere) hinausgeht. Die Erweiterung der Sicherheitspolitik um die Dimension der öffentlichen Sicherheit (innere) entspricht demnach der aktuellen sicherheitspolitischen Entwicklung,

«Der Anspruch an eine allumfassende nationale Sicherheitsstrategie wird umso lauter und nachdrücklicher, als die Sicherheit in der kollektiven Wahrnehmung der Gesellschaft weit über die militärische hinausgeht.»

nicht zuletzt, weil sich Sicherheit als das Ergebnis und Zusammenspiel innen- und ausserpolitischer, wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und gesellschaftlicher Faktoren versteht. Diese Erkenntnis findet auch im Sicherheitspolitischen Bericht 2010 Resonanz, der am 23. Juni 2010 vom Bundesrat verabschiedet wurde. Das neue Leitmotiv «Sicherheitsverbund Schweiz», das eine engere Koordination zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden sowie deren sicherheitspolitischen Instrumente fordert, strebt mit

der Schaffung des Koordinations- und Konsultationsmechanismus (KKM SVS) im Sinne eines integralen Krisenmanagements nach einer klaren Verantwortungs- und -zuordnung (siehe Grafik rechts).

Ganzheitliche Sicherheitspolitik in der Schweiz

Die Schweiz wie auch Europa befinden sich in einer sicherheitspolitischen Umbruchphase: Die Sicherheitsfragen und -herausforderungen sind im Zuge des fortschreitenden Globalisierungsprozesses vielfältiger und komplexer geworden. Das Risiko- und Gefahrenspektrum hat sich dadurch inhaltlich massiv ausgeweitet, nicht zuletzt, weil sich neue, sicherheitspolitisch relevante Akteure und Bedrohungen herauskristallisiert haben. So steht in erster Linie nicht die konventionelle Gefahr eines militärischen Angriffs im Zentrum des sicherheitspolitischen Diskurses, sondern ein breitgefächertes Feld, das von organisierter Kriminalität, Terrorismus, Energieverknappung oder Klimawandel bis hin zur gesellschaftlichen Gewalt reicht. Folglich werden die Gefahrenpotentiale nicht mehr ausschliesslich ausserhalb der Landesgrenze wahrgenommen, sondern zunehmend innerhalb.

Vor dem Hintergrund der Komplexität der neuen und dynamischen Gefahrenpotentiale ist eine strikte Teilung innerer und äusserer Sicherheit in einer modernen Staatenwelt nicht mehr aufrecht zu erhalten. Moderne Staaten und gesellschaftliche Ordnungen sind keine abgeschlossenen Bereiche mit undurchlässigen Grenzen. Die Globalisierungsprozesse führen zu einer wachsenden sowie reziproken wirtschaftlichen, sozialen, religiösen und kulturellen Durchdringung von Gesellschaften, politisch-kulturellen Gemeinschaften und Volkswirtschaften. Dies bedeutet nichts anderes, als dass «Innen» und «Aussen» in vielen Politikfeldern ineinander hineinfliesen und ver-

schwimmen. Und da Alltagsgewalt, organisierte Kriminalität, Terrorismus und andere Delikte häufig Grenzen überschreitend organisiert sind, muss das si-

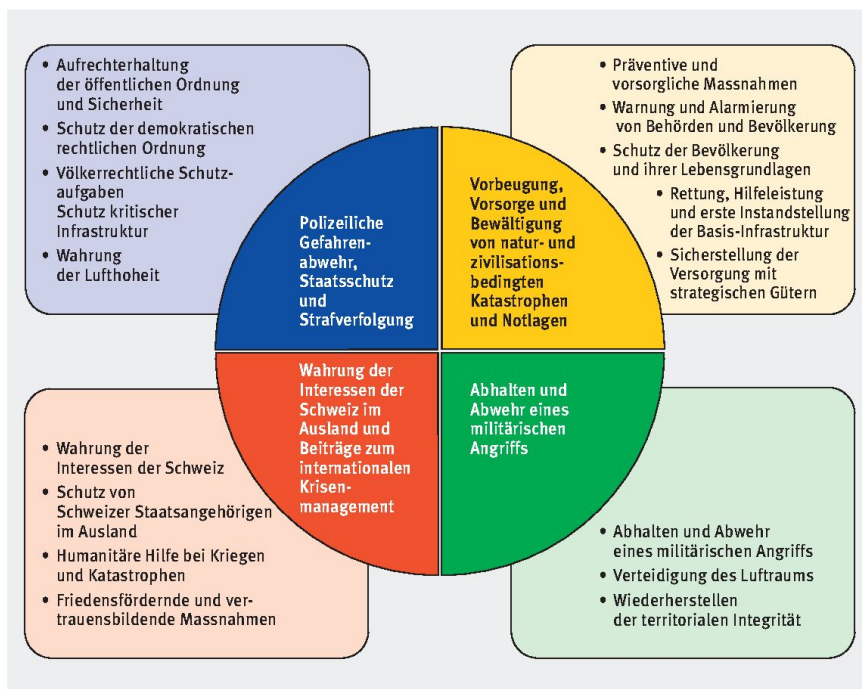
«Die Schweiz befindet sich in einer sicherheitspolitischen Umbruchphase.»

cherheitspolitische Instrumentarium von der aktuellen Bedrohungslage und den daraus entstehenden Gefahren abgeleitet werden.

Sicherheit als Querschnittsaufgabe

Dem gegenüber stehen die Erwartungen unserer Gesellschaft, welche durch subjektives Sicherheitsempfinden, kollektive Erfahrungen und normative Grundeinstellungen geprägt sind. Das Sicherheitsempfinden des Einzelnen und sein Vertrauen in die Behörden scheinen aufgrund der neuartigen und diffusen Gefahren, die als undurchsichtiges Netzwerk wahrgenommen werden, tendenziell abzunehmen. Die steigende Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft verstärkt diese Verunsicherung massgeblich, nicht zuletzt weil kriminell motivierte Gewalttaten häufig medienwirksam sind und stark verbreitet werden. Darum kann die Bewältigung dieses gesellschaftlichen Phänomens nicht anhand von Einzelmassnahmen erfolgen, sondern sollte sämtliche Politikbereiche mit einbeziehen.

Die wohl wichtigste Herausforderung in der sicherheitspolitischen Entwicklung der nächsten Jahre wird sein, ein Gleichgewicht zu finden zwischen einer zeitgemässen Vorbereitung auf herkömmliche Notlagen infolge strategischer Ge-



Konsultations- und Koordinationsmechanismus Sicherheitsverbund Schweiz (KKM SVS). Grafik: Grundlagenpapier für die Pilotphase 2011–2012

walt sowie einer überzeugenden Antwort auf die zunehmende Alltagsgewalt. Der Koordinations- und Konsultationsmechanismus des Sicherheitsverbundes Schweiz bietet nun die Möglichkeit, beide sehr unterschiedlichen Dimensionen der Sicherheitspolitik zu erfassen und die vorhandenen Ressourcen optimal koordinieren zu können.

«Die Bewältigung der Alltagsgewalt kann nicht anhand von sektoriellen Einzelmassnahmen erfolgen, sondern sollte sämtliche Politikbereiche mit einbeziehen.»

Auch politische Parteien sehen die Sicherheit im öffentlichen Raum weitgehend als eine nationale Querschnittsaufgabe. Es erstaunt deshalb nicht, dass sie in ihren Positionspapieren eine Neuorientierung und ein Umdenken der konzeptionellen Reichweite der Sicherheitspolitik fordern. Im Hinblick auf diese neue

sicherheitspolitische Entwicklung scheint es nun unumstritten, dass eine kohärente Integration von Verteidigung, innerer Sicherheit und Aussenpolitik für einen umfassenden Sicherheitsansatz notwendig ist – dem «Sicherheitsverbund Schweiz» schwebt dies im Grunde genommen auch vor. Trotzdem stösst man bei der praktischen Umsetzung auf institutionelle sowie konzeptionelle Grenzen. Bisher waren die schweizerischen Strukturen der inneren und äusseren Sicherheit operativ und konzeptionell getrennt entwickelt und gehandhabt worden. Und selbst wenn departementale Kooperationsbemühungen zwischen Aussen-, Verteidigungs-, Justiz- und Polizeidepartement ersichtlich sind, so liegen die Hauptprobleme bei der Ausgestaltung des schweizerischen Sicherheitsdispositivs in der mangelnden Integration der genannten Politikbereiche. Ausgehend von der Erfahrung, dass monokausale Zusammenhänge gerade im sozialen Bereich auszuschliessen sind, ist «vernetztes Denken», so die Luzerner Justiz- und Sicherheitsdirektorin Yvonne Schärli, «bei der Problemerkennung komplexer Phänomene der öffentlichen Sicherheit überaus bedeutsam.»

Wo liegen die Schnittstellen?

Alltagsgewalt wird zum ersten Mal in einem sicherheitspolitischen Bericht als integraler Bestandteil der Schweizerischen Sicherheitspolitik definiert. Zum einen

widerspiegelt diese neue Auslegung das aktuelle Gefahrenspektrum im Sinne eines ganzheitlichen Ansatzes, zum anderen trägt diese konzeptionelle Ausweitung von Sicherheitspolitik um die Dimension der öffentlichen Sicherheit dem Grundsatz der Polizeihöheit der Kantone Rechnung. Der paritätische Einbezug der genannten Akteure (Bund, Kantone und Gemeinden) in den sicherheitspolitischen Diskurs erscheint folgerichtig, zumal gerade die Kantone wesentlich zur Sicherheitsproduktion im Innern beitragen und hier auch die Hauptverantwortung tragen.

Allerdings liegen die Herausforderungen nun darin, die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen insbesondere auch zwischen der Polizei und der Armee zu definieren, um mittels einer klaren Rollenverteilung eine effektive Sicherheitspolitik des Bundes zu ermöglichen. Gemäss Professor Andreas Wenger, Vorsteher des Forschungsinstituts für Sicherheitspolitik ETH Zürich, dürfte die Verschiebung der Sicherheitspolitik des Bundes auf die Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit eine verstärkte Verwischung der Verantwortungsbereiche nach sich ziehen.

«Es ist notwendig, die Schnittstellen zwischen Bund und Kantonen auszuleuchten und das gesamte sicherheitspolitische Instrumentarium an den Bedrohungs- und Umfeldanalysen auszurichten.»

Diese Problematik manifestiert sich besonders dort, wo der Sicherheitspolitische Bericht 2010 auf die Relevanz der militärischen Unterstützung der zivilen Behörden hinweist, (z.B. die subsidiären Schutzaufgaben oder die Armee als permanente sicherheitspolitische Reservefunktion), ohne dabei die Frage der polizeilichen Lücken auf kantonaler Ebene diskutiert zu haben. Deshalb ist es notwendig, im Rahmen des Konsultations- und Koordinationsmechanismus die Schnittstellen zwischen Bund und Kantonen auszuleuchten und das gesamte sicherheitspolitische Instrumentarium an den Bedrohungs- und Umfeldanalysen auszurichten.

Öffentlichkeitsarbeit ist nun gefragt

Ausschlaggebend ist auch, dieser Entwicklung parallel mit einer adäquaten Öffentlichkeitsarbeit zu begegnen. Ein erster Impuls wurde bereits an der letztjährigen Konferenz der Luzerner Initiative für Frieden und Sicherheit (LIPS) «Gewalt – tägliche Bedrohung» gegeben, der auch Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf beiwohnte, um über die innere Sicherheit zu referieren. Obwohl diese neue Dimension als Teil der Schweizerischen Sicherheitspolitik von der Mehrheit begrüsst werde, «dürfe die Gewährleistung von Sicherheit nicht auf Kosten der eigenen Freiheit geschehen», so die Nationalrätin und Sicherheitspolitikerin Ida Glanzmann zum neuen Sicherheitspolitischen Bericht. Eine weitere Reaktion kam vom Luzerner Nationalrat Pius Segmüller, der vom Bundesrat per Postulat verlangte, dem Parlament einen Bericht zur öffentlichen Sicherheit zu unterbreiten. Ziel ist dabei, eine umfassende Auslegeordnung zur Gewalt in der schweizerischen Gesellschaft vorzunehmen, eine

Strategie zu deren Prävention und Bekämpfung aufzuzeigen sowie einen Massnahmenplan vorzulegen. Weil der Bundesrat erkannt hat, dass die nationale Sicherheit den Einbezug aller sicherheitspolitischen Akteure (Bund, Kantone und Gemeinden) erfordert, beantragt er die Annahme des genannten parlamentarischen Vorstosses. Das Postulat fordert zudem auch, mittels einer adäquaten Öffentlichkeitsarbeit ein transparentes und offenes Diskussionsklima zu fördern, um nach konstruktiven Lösungen mit der Einbindung der Bevölkerung Ausschau zu halten. Dieser Idee stimmt auch Beat Hensler, Kommandant der Luzerner Polizei, zu: «Der Eindruck entsteht, das Thema der gesellschaftlichen Gewalt werde als Teil der nationalen Sicherheitspolitik für politische Diskussionen entfremdet, ja sogar missbraucht.»

Fazit

Der Sicherheitspolitische Bericht 2010 bildet zum ersten Mal ab, dass Sicherheit mehr als die Summe ihrer Teile ist. Mittels des neu geschaffenen Konsultati-

ons- und Koordinationsmechanismus als Schnittstelle zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden sollen deshalb im Rahmen des Sicherheitsverbundes Schweiz alle an der Sicherheit beteiligten Akteure paritätisch zum Zuge kommen, um gemeinsam an der Sicherheitsproduktion kohärent und kooperativ mitzuwirken. Dabei muss berücksichtigt werden, dass sich die sicherheitspolitische Strategie nach den heutigen Bedrohungen und Risiken ausrichten muss und ein integraler, allumfassender Sicherheitsansatz anzustreben ist. Die Herausforderung liegt nun darin, die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen sprich zwischen der Armee und der Polizei aufzuzeigen, damit Synergien genutzt werden können mit dem Ziel, eine effektive Sicherheitspolitik zu ermöglichen. ■



Laura Crespo
M. Sc. Politics and
Government in the EU
Führungsstab der Armee
3003 Bern

Die Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift (ASMZ) ist das offizielle deutschsprachige Organ der Schweizerischen Offiziersgesellschaft SOG. Die ASMZ nimmt zu militärischen und wehrpolitischen Ereignissen und Entwicklungen aus dem In- und Ausland Stellung.

Als führende Schweizer Militärzeitschrift vermittelt sie ihrer Leserschaft Kenntnisse im Bereich Sicherheits- und Militärpolitik, Armee und Sicherheitsverbund, unterstützt militärische Führungspersonen in der praktischen Arbeit mit der Truppe und orientiert über die Tätigkeit der SOG und ihrer Sektionen.

Das Mandat des bisherigen Chefredaktors läuft im Dezember 2011 aus. Wir suchen deshalb per 1. Januar 2012 oder nach Vereinbarung

einen Chefredaktor oder eine Chefredaktorin

Die unabhängige Persönlichkeit sollte über folgende Fähigkeiten, Eigenschaften und Erfahrungen verfügen:

- publizistische und nach Möglichkeit verlegerische Erfahrung in Print- und Neuen Medien
- offener Kommunikationsstil im Umgang mit Mitarbeitern, mit Vertretern von Verbänden, Politik, Behörden und Armee
- vorzugsweise Offizier und Mitglied einer Offiziersgesellschaft mit Führungs- und Projektleitungserfahrung
- umfassendes Verständnis für die schweizerische Sicherheitspolitik sowohl in praktischer, theoretischer als auch historischer Hinsicht
- sehr gute Deutsch-Kenntnisse, gute Kenntnisse in den Sprachen Französisch und Englisch

Wenn Sie diese Voraussetzungen erfüllen und eine interessante Teilzeittätigkeit (zirka 50%) suchen, richten Sie Ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen bis 31. August 2011 an die folgende Adresse:

Oberstlt Peter Graf,
Vizepräsident SOG/Präsident Kommission ASMZ
Jonas Furrer-Strasse 21, CH-8400 Winterthur
Telefon P 052 212 45 59, kommission@asmz.ch
Telefon G 044 387 14 30

